Bezugspreis für Halle monatlich bei zweimaliger Zustellung 1.60 Mark, vierteljährlich 4.80 Mark, durch die Post 4.50 Mark ausschließl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Im amtlichen Zeitungsverzeichnis unter Saale-Zeitung eingetragen. Für unverlangt eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe „Saale-Zeitung" gestattet. Fernruf der Schriftleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abteilung Nr. 1142, der Bezugs-Abteilung Nr. 1133; Postscheck-Konto Leipzig Nr. 4604.

Morgen-Ausgabe.

Saale-Zeitung

Dreiundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigen werden die 7gespalt. 36 mm br. Kolonelzeile oder deren Raum mit 40 Pf. berechnet u. in unseren Annahmestellen u. allen Anzeigengeschäften angenommen. Reklamen die 92 mm breite Zeile 1.25 Mk. Anzeigen-Annahmeschluß vorm. 11 Uhr, für die Sonntags-Nr. abends 6 Uhr. Abbestellungen, soweit zulässig, müssen schriftlich erfolgen. Erfüllungsort: Halle. Erscheint wöchentlich 2 mal, Sonntags 1 mal. Schriftleit. u. Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Neue Promenade 1a, Gr. Brauhausstr. 17. Neben-Geschäftsstell.: Markt 24 und Große Ulrichstr. 52.

Nr. 141. Halle, Dienstag, den 25. März. 1919.

Die Forderungen der Unabhängigen.

Die Vorbedingungen der Unabhängigen für ihren Eintritt in die Regierung.

Berlin, 24. März. Wie dem W. T. B. von der Fraktion der unabhängigen sozialdemokratischen Partei mitgeteilt wird, richtete sie an die sozialdemokratische Fraktion in der preußischen Landesversammlung folgendes Schreiben:

„Auf Ihre Anfrage, ob die Fraktion der unabhängigen Sozialdemokraten der preußischen verfassunggebenden Landesversammlung bereit ist, in das Ministerium einzutreten, erwidern wir namens unserer Fraktion, daß wir im Voraus die sofortige Aufhebung des Belagerungszustandes und die sofortige Freilassung aller politischen Inhaftierten fordern. Ferner verlangen wir: 1. Einordnung des Rätesystems in die Verfassung, entscheidende Mitwirkung der Räte bei der Gesetzgebung, der Staats- und Gemeindeverwaltung und in den Betrieben; 2. die völlige Auflösung des alten Heeres und des durch die Freiwilligenkorps gebildeten Söldnerheeres. Entwaffnung des Bürgertums, Errichtung einer Volkswehr aus den Reihen der klassenbewußten Arbeiterschaft, Selbstverwaltung der Volkswehr, Wahl der Führer durch die Mannschaft, Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit; 2. Sicherung aller durch die Revolution errungenen politischen Freiheiten; 4. Trennung von Staat und Kirche, Verweltlichung der Schule, sofortige Einführung der Einheitsschule; 5. Vermeidung aller Maßnahmen, die das kapitalistische Wirtschaftssystem stützen; 6. sofortige Inangriffnahme der Sozialisierung; die Ueberführung der gesamten kapitalistischen Wirtschaft in eine sozialistische muß unmittelbar in Angriff genommen werden; die wichtigsten Produktionsmittel in der Landwirtschaft, Industrie, Handel, Verkehr, Grund, Boden und Bodenschätze, sind als Volkseigentum zu erklären und unter gesellschaftliche Kontrolle zu stellen; die Produktion ist planmäßig nach sozialistischen Grundsätzen aufzubauen, die Verteilung der Gebrauchsgüter nach sozialistischen Grundsätzen zu regeln; 7. nachdrückliche Vertretung dieser Forderungen bei der Reichsregierung, den schärfsten Widerstand gegen alle Maßnahmen der Reichsregierung, welche die Verwirklichung dieser Forderungen verhindern.

Adolf Hoffmann, Dr. Kurt Rosenfeld."

Parteitag der Mehrheitssozialdemokraten.

Weimar, 24. März. (Privattelegramm.) In Weimar trat am heutigen Vormittag der Parteivorstand der Mehrheitssozialdemokratie, die Parteiausschüsse und die Kontrollkommission zusammen. Es wurde beschlossen, vom 10. Juni ab einen Parteitag in Weimar abzuhalten, von dem man annimmt, daß er seine Geschäfte in drei bis vier Tagen wird erledigen können. Die Tagesordnung des Parteitages ist wie folgt festgesetzt worden: Bericht des Parteivorstandes, Referenten: Otto Wels und Bacher; die Organisation der Partei, Referent: die Organisationskommission; die Parteipresse, Referent: die Pressekommission; die Aufgaben der Partei in der Republik, Referent Scheidemann; Bericht der sozialdemokratischen Zentralbank, Referenten bestimmt die Fraktion. Da Ebert und Scheidemann nach ihrem Eintritt in die Regierung als Vorsitzende der Partei ausgeschieden sind, wurde Hermann Müller provisorisch mit der Leitung beauftragt.

Vollversammlung der Berliner A.- und S.-Räte.

Berlin, 24. März. (Eigene Drahtnachricht.) Heute Vormittag tagte in den Germaniasälen unter dem Vorsitz von Paul Neue die Vollversammlung der Großberliner A.- und S.-Räte, um über die Wahlen zum Rätekongreß zu verhandeln. Dabei kam es zu wilden Tumultszenen. Zahlreiche Redner hatten die Haltung des Zentralrates in der Frage der Kongreßwahlen scharf angegriffen, und so war die Stimmung auf der linken Seite des Hauses gegen den Zentralrat stark erregt. Nachdem der Mehrheitssozialist Straße gesprochen hatte und der Vorsitzende des Zentralrates, Cohen-Reuß sprechen wollte, sprang der Kommunist Herfurth auf die Bühne und schrie in den Saal hinein: Ich protestiere ganz energisch dagegen, daß Cohen spricht. Dieser Ausruf war das Zeichen zu einem großen Tumult. Da der Tumult immer mehr stieg vertagte der Vorsitzende die Versammlung um 1½ Uhr auf eine halbe Stunde. Nach einigen Rednern kam zum Schluß Cohen-Reuß doch zum Wort, der u. a. etwa folgendes ausführte: Es ist hier sehr viel von der Schuld des Zentralrates die Rede gewesen. Man hat uns vorgeworfen, daß wir die Wahlen fälschen wollen. Aber das ist uns überhaupt gar nicht eingefallen. Man hat uns gedroht, so schnell wie möglich die Wahlen auszuschreiben. Darum war uns nichts anderes möglich, als die Gemeinden als Wahlkörper aufzustellen. Ich bin immer für die Berufsständewahl eingetreten. Wir haben immer gesagt, daß das Rätesystem in der Verfassung verankert werden müsse. Wenn Ich das Berliner Vollzugsrat mit ihnen nicht einigen kann, verdienen nicht wir die Prügel, sondern sie gehören an eine andere Adresse, und es ist ganz gleichgültig, wie gewählt wird. Die Hauptsache dabei ist, daß sich die Organisationen verständigen. — Darauf wurde die Versammlung auf Mittwoch mittag vertagt.

Sitzung des Seniorenkonvents.

Berlin, 24. März. (Drahtnachricht.) Der Seniorenkonvent der preußischen Landesversammlung trat am Vormittag nach Schluß der Sitzung zusammen. Ueber seine Beratungen ist folgendes mitzuteilen: Ueber die für Dienstag auf der Tagesordnung stehende Mitteilung der Regierung über die Bildung der neuen Regierung und über den Notetat wird voraussichtlich noch nicht gesprochen werden, weil nachträglich noch die Polenfrage auf die Tagesordnung gesetzt worden ist, mit deren Beratung man voraussichtlich am Dienstag fertig werden wird. Am Mittwoch erst wird der Notetat im Zusammenhang mit der Regierungserklärung besprochen werden. Später kommen die Interpellationen über die Ernährung an die Reihe, mit deren Beratung man bis zum Sonnabend fertig zu werden hofft. Dann soll Vertagung eintreten.

Deutschlands wirtschaftliche Interessen in Rußland.

Berlin, 24. März. (Drahtnachricht.) Die Geschäftsstelle des Auswärtigen Amtes für die Friedensverhandlungen beschäftigte sich heute mit Besprechungen über die wirtschaftlichen Interessen an den Ländern des ehemaligen Rußland und über die Art, wie sie eventuell bei den Friedensverhandlungen zu berücksichtigen wären.

Preußische Landesversammlung.

Fortsetzung der Besprechung der formellen Anfragen über die Abtrennungsbestrebungen.

Abg. **Dr. Heß** (Ztr.): Aus nationalen Sorgen treten wir

für die Errichtung der rheinischen Republik

ein, um das linke Rheinufer wenigstens noch für das Reich zu retten. Eine Loslösung vom Deutschen Reiche wäre allen Bewohnern des linken Rheinufers unerträglich.

Unterstaatssekretär **Dr. Freund**: Die außenpolitischen Gründe des Zentrums für die Errichtung der westdeutschen Republik werden abgeschwächt durch die innerpolitischen Gesichtspunkte, die es geltend macht.

Abg. **Adolf Hoffmann** (U. S.): Die Abtrennung des Rheinlandes von Preußen wollen Sie ja doch nur deshalb, weil Sie hoffen, dann weniger zu den Kriegssteuern und Kriegskosten herangezogen zu werden. Wenn der unselige Bruderzwist zwischen uns nicht wäre, dann würden viele von den Zentrumsleuten nicht hier sitzen. Aber ich hoffe, die Arbeiterschaft wird schließlich doch die Einheit zu erzwingen wissen. Wir widersprechen jeder Loslösung,

weil wir eine einheitliche Republik für das ganze deutsche Volk wollen.

Abg. **Dannesberg** (Welfe): Die Gerechtigkeit, Selbstbestimmung und Moral erfordern die

Wiederherstellung eines selbständigen Hannover

im Rahmen des Reiches.

Ministerpräsident **Hirsch**: Die Regierung steht diesem Gedanken ebenso ablehnend gegenüber, wie den rheinischen Sonderbestrebungen. Durch Ausscheidung von Hannover soll Preußen in zwei Hälften zerrissen werden. Ich bin überzeugt, im Falle der Volksabstimmung würde sich die

große Mehrheit der hannoverschen Bevölkerung für Preußen erklären.

(Beifall.)

Abg. **Stendel** (Dn.): Ich bestreite Herrn Dannesberg das Recht, hier im Namen des hannoverschen Volkes zu sprechen. Die Sozialdemokraten sind gegen die Loslösung Hannovers von Preußen, und die Deutsche Volkspartei ist ebenfalls dagegen.

Ein Schlußantrag wird angenommen.

Abg. **Runge** (Soz.) empfiehlt als Schlußberichterstatter die beiden vorliegenden Entschließungen, in denen sich die Landesversammlung 1. gegen alle Loslösungsbestrebungen einzelner Gebietsteile von Preußen, 2. gegen jede Einverleibung rheinischer Landesteile, insbesondere des Saardeckens, sowie des Bezirkes Monijoie, Malmedy und St. Vith, und gegen die Errichtung eines rheinischen Pufferstaates ausspricht. Die Entschließung zu 1. wurde unter Stimmenthaltung des Zentrums, die Entschließung zu 2. einstimmig angenommen.

Dienstag 1 Uhr: Mitteilung des Präsidenten über den Beschluß der Regierung und Notetat. Schluß 6½ Uhr.

Ankunft des amerikanischen Marineministers in Brest.

Paris, 24. März. Der amerikanische Marineminister Denteler ist in Brest gelandet.

Arbeiter- und Soldatenräte und Regierungsgewalt.

Betrachtungen eines Schweizers.

Von

Oberst Karl Egli.

(Nachdruck verboten.)

Als in Deutschland die Revolution ausbrach, lag die politische Gewalt zum größten Teil in den Händen der Arbeiter- und Soldatenräte, die nach einer Berliner Vereinbarung als Aufgaben erhielten, „die Errungenschaften der Revolution zu behaupten und aufzubauen, sowie die Gegenrevolution niederzuhalten". Im allgemeinen hat die Tätigkeit der Arbeiter- und Soldatenräte bis jetzt bewiesen, daß sie wohl imstande sind, umzustürzen und zu zerstören, daß ihnen aber jede Befähigung fehlt, etwas bleibend Brauchbares zu schaffen.

Die Revolution darf zu keinem dauernden Zustande in einem Staate werden, der als Kulturstaat gelten will, sie kann nur eine vorübergehende Erscheinung sein, aus der heraus ein neues festes Staatswesen entstehen soll. Die deutsche Revolution war gegen die bisherigen Machthaber gerichtet, an deren Stelle das Volk als Ganzes trat. Zur Einrichtung des neuen Staates hat das deutsche Volk die Nationalversammlung gewählt, die den besten Willen zeigt, die Grundlagen zu schaffen, auf denen das neue Reich aufgebaut werden soll, und auch tatsächlich aufgebaut werden kann, wenn die dazu berufenen Männer in ihrer Arbeit nicht gestört und gehindert werden.

Neben dieser durch das ganze deutsche Volk eingesetzten Nationalversammlung treiben nun die von einer Minderheit eingesetzten Arbeiter- und Soldatenräte ihre Tätigkeit weiter, ohne Rücksicht darauf, daß auch sie sich in das Staatswesen einzufügen haben. Waren die Arbeiter- und Soldatenräte zum Teil wenigstens noch vor kurzem aus Männern zusammengesetzt, die für eine vernünftige Weiterentwicklung tätig waren, so hat jetzt eine Verschiebung stattgefunden, die zu einem bedeutenden Uebergewicht der Elemente geführt hat, die unter dem Vorwande, die Herrschaft des Proletariats zu sichern, Unordnung und Zerstörung fördern. Für solche Organisationen gibt es auch in einem Volksstaate keinen Platz; sie sind schlimme Auswüchse, die so rasch als möglich aus dem Staatskörper entfernt werden müssen, wenn dieser wieder gesunden soll.

Es ist ja sehr wohl begreiflich, daß die jetzigen Mitglieder der Arbeiter- und Soldatenräte die ihnen über Nacht in den Schoß gefallene Macht nur ungern wieder hergeben, um an nützlichere Arbeit heranzutreten, als ihre bisherige Regierungstätigkeit war. Es ist aber ausgeschlossen, daß in einem geordneten Staatswesen zwei Regierungen nebeneinander herrschen, von denen die eine auf die Willensäußerung des ganzen Volkes gegründet ist, und daher nach den heutigen Begriffen als die allein rechtmäßige angesehen werden muß, während die andere, die in der Hauptsache aus eigener Machtvollkommenheit in tausendfacher Zersplitterung atmet, sich auf nichts anderes zu stützen vermag, als auf eine Gewalt, die nur von einer Minderheit ausgeübt wird.

Bis jetzt war es klug gehandelt von der rechtmäßigen deutschen Regierung, daß sie in der Anwendung der ihr zur Verfügung stehenden Gewaltmittel vorsichtig war, denn Ueberstürzung hätte mehr schaden als nützen können. Nun aber ist der Zeitpunkt gekommen, wo den Elementen der Unordnung und der Unruhe mit aller Deutlichkeit klar gemacht werden muß, daß es so nicht weitergehen kann, wenn das Reich in absehbarer Zeit überhaupt wieder zur inneren Festigkeit kommen soll. Einen Mittelweg gibt es gar nicht: entweder unterwerfen sich die Arbeiter- und Soldatenräte der von den Vertretern des ganzen Volkes eingesetzten Regierung, oder diese muß Gewalt anwenden, um den unzweifelhaften Willen der Mehrheit des deutschen Volkes durchzusetzen, das so dringend Ruhe nötig hat, um das noch zu retten, was jetzt noch aus dem Zusammenbruch gerettet werden kann.

Das Auswärtige Amt an die treuen Westpreußen.

Berlin, 24. März. (Eigene Drahtnachricht.) Dem Auswärtigen Amt sind in den letzten Tagen aus einer Reihe Westpreußens eine Fülle kriegerischer Kundgebungen zugegangen, in denen der unerschütterliche Wille der westpreußischen Bevölkerung zum Ausdruck gelangt ist, die Gebietsteile, welche von dem Feind [illegible]

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19190325012/fragment/page=0001

wiegend deutschen Bevölkerung bewohnt wird, in dem die deutsche Kultur seit Jahrhunderten ihre schönste Pflegestätte besitzt, mit allen Mitteln gegen etwaige Dostrennungsgelüste von feindlicher Seite zu verteidigen. Angesichts der großen Zahl dieser Kundgebungen sieht sich das Auswärtige Amt leider außer Stande, jeder einzelnen Gemeinde und jedem einzelnen Verbande für das Bekenntnis der Treue zum deutschen Vaterlande zu danken. Schöpft aber aus diesem machtvollen Appell zu der Entschlossenheit die sichere Zuversicht, daß sich auch bei unseren Feinden nicht der Eindruck befestigen wird, daß ein dauerhafter Friede niemals bestehen kann, wenn leidenschaftliche nationale Bande gewaltsam zerrissen würden. Der Verlust Westpreußens würde für die Bewohner dieses schönen Landes und für das deutsche Volk in seiner Gesamtheit ein unerträglicher Zustand sein, mit dem sich keine deutsche Regierung würde abfinden können.

Auflösung der bürgerlichen Parteien Ungarns.

Sympathie-Kundgebung der Wiener Kommunisten.

Wien, 24. März. (Eigene Drahtnachricht.) Die Funksprüche der ungarischen Sowjetregierung über die Vorgänge in Budapest sind falsch. In Budapest herrscht Ruhe. Die Nachricht von einer freiwilligen Uebergabe der Waffen durch die angeblich bolschewistisch infizierten französischen Soldaten sind unrichtig." Ueber das Schicksal der Ententekommission in Budapest ist zurzeit nichts bekannt. Es verlautet, daß sie zurückgehalten wird. Die Hauptstadt wird hermetisch gegen das Ausland abgesperrt. Die Berichte des Volkskommissars des Aeußern, Tschitscherin, über die militärische Lage der Sowjetrepublik bedeuten für die ungarische Regierung eine arge Enttäuschung. Die Gerüchte über den Anmarsch russischer Sowjettruppen auf Ungarn unter der Führung Gorgens sind unrichtig.

Gestern fand in Budapest eine Versammlung der Volkskommissare mit den Direktoren und Eigentümern der Theater, Kinos und anderen Vergnügungslokalen statt, in der ein neungliedriges Komitee gebildet wurde, welches die Leitung aller Theater übernimmt. Die bürgerlichen Parteien beschlossen gestern, sich aufzulösen. Die sozialistischen Studenten in Budapest wählten gestern ein zehngliedriges Studentendirektorium. Der Universitätsklub wurde aufgelöst. Bei den Massenversammlungen hielten einige Aristokraten Reden und legten den Eid ab, daß sie ihre Güter dem Volke zur Verfügung stellen.

Gestern fand eine Versammlung der Wiener Kommunisten statt, die sich zu einer Sympathiekundgebung für die ungarischen Kommunisten gestaltete. Die verschiedenen Redner forderten die Auflösung des Parlaments und die Einführung des Rätesystems auch für Deutsch-Oesterreich. Es waren unter den Rednern Gäste aus dem Reiche, sowie Soldatenräte aus Bayern, die die Grüße Bayerns überbrachten.

Erhöhung der Ententetruppenzahl in Ungarn.

Genf, 24. März. (Privattelegramm.) Der „Temps" meldet, daß die Alliierten die Erhöhung der Besatzungstruppen in Ungarn um 6 Divisionen beschlossen haben. Wie der „Corriere della Sera" meldet, wurden in Fiume seit Mittwoch voriger Woche 35 000 Mann Ententetruppen gelandet, die zur Besetzung Ungarns bestimmt sind.

Das Verhalten der Ententetruppen in Budapest.

Wien, 21. März. (Eigene Drahtnachricht.) Der Montag meldet: Wie uns eine gestern aus Budapest hier eingetroffene Persönlichkeit mitteilt, hat die Ententekommission Budapest noch nicht verlassen. Die 500 Mann zählende Ententetruppe ist nicht entwaffnet worden, sondern hat ihre Waffen dem ungarischen Proletariat freiwillig ausgeliefert.

Die Blockade Oesterreich-Ungarns.

London, 24. März. (Drahtnachricht.) Das Reutersche Bureau erfährt, daß für die aus dem Auslande kommende Nachricht, daß die Mächte beschlossen haben, die Blockade Oesterreich-Ungarns aufzuheben, in London noch keine amtliche Bestätigung eingetroffen ist. Tatsache ist, daß von dem Obersten Wirtschaftsrat in Paris vor einigen Tagen derartige Vorschläge gemacht wurden. Es wurde einstimmig beschlossen, daß die Blockierung des ganzen früheren österreichisch-ungarischen Staates aufgehoben werden wird, falls der Oberste Kriegsrat nichts dagegen hat. Die Blockade der Tschecho-Slovakei wurde schon vor einiger Zeit aufgehoben. Das hat keinen Einfluß auf die Frage der Lebensmittel, für die die Blockade bereits zu bestehen aufgehört hat und braucht auch nicht notwendig zu bedeuten, daß Rohstoffe geschickt werden.

Uneinigkeit über die Polenfrage.

Rotterdam, 24. März. (Eig. Drahtnachricht.) Aus einer zuverlässigen Pariser Quelle wird gemeldet, daß die Beratungen über die Polenfrage ununterbrochen fortdauern und daß es hierbei zu erregten Auseinandersetzungen zwischen Wilson, Lloyd George und Clemenceau kam. Orlando war zu den Besprechungen nicht erschienen, obgleich er besonders dringlich eingeladen war. Clemenceau forderte sofortige Ergreifung von Maßregeln in Polen und die Entsendung von Truppen über Danzig ohne Rücksicht auf den Widerspruch und eventuellen Widerstand der Deutschen. Wilson und mit ihm Lloyd George wollten vorläufig abwarten. Als Clemenceau auf seiner Forderung, sofort die polnische Division nach Danzig zu schicken, bestand, wurde ihm erklärt, daß, selbst wenn man das tun wollte, die nötigen Schiffe nicht vorhanden seien.

England gegen Groß-Polen.

Haag, 24. März. (Eigene Drahtnachricht.) Die Engländer haben sich, wie aus Paris gemeldet wird, im Rat der Zehn gegen die Abtretung Danzigs an Polen ausgesprochen und wünschen eine weitere Verminderung des an Polen abzutretenden deutschen Gebietes. Außerdem treten sie dafür, daß Polen ein anderer Ausweg nach dem Meere gegeben werden soll als Danzig.

Eine Million Arbeitslose in Rußland.

Amsterdam, 24. März. (Drahtnachricht.) Die „Times" meldet, daß die Zahl der Erwerbslosen in Rußland eine Million beträgt.

Bolschewistische Propaganda in England.

Vorsichtsmaßnahmen der Regierung.

Basel, 24. März. (Eigene Drahtnachricht.) Den „Baseler Nachrichten" zufolge meldet die „Turiner Stampa" aus London, daß in einigen britischen Häfen Teilstreiks der Hafenarbeiter ausgebrochen seien. In London trafen zuverlässige englische und amerikanische Truppen ein, die angeblich als Vorsichtsmaßregel von der Regierung herangezogen worden seien. In den Industrie- und Handelsvierteln werden bolschewistische Flugblätter verteilt, die in England hergestellt sind. Die radikalen Arbeiter werden von den bolschewistischen Elementen in Versuchung gebracht, nach russischem Muster bei Ausbruch des täglich zu erwartenden Streiks zu plündern. In mehreren Städten will man daher alle Geschäfte und Banken geschlossen halten.

Amsterdam, 24. März. (Drahtnachricht.) „Daily Expreß" meldet, daß die englischen Behörden eine bolschewistische Verschwörung entdeckt haben. Am Sonnabend wurden Nachrichten aus Rußland aufgefangen, aus denen hervorgeht, daß Agenten von Lenin und Trotzki in neutralen Häfen angekommen wären und angeblich Versuche machten, Pässe für verschiedene Teile Europas zu erhalten. Diese Agenten verfügten über große Mengen Propagandaliteratur. Der englische Geheimdienst verhinderte die Ankunft der bolschewistischen Agenten.

Ausdehnung der Unruhen in Aegypten

Chiasso, 24. März. (Privattelegramm.) Wie dem Bureau Europa Preß gemeldet wird, hat sich die nationalistische Bewegung in Aegypten weiter über das ganze Land ausgedehnt. Messagero teilt mit, daß auch in Alexandria und anderen Städten Unruhen ausgebrochen seien. An der nationalistischen Aufstandsbewegung hat auch der Beduinenführer Hamel el Passa aus der in der Cyrenaika gegen die Italiener kämpfte, teilgenommen. Die politische Bewegung könne nicht ohne weiteres unterdrückt werden, da in absehbarer Zeit neue Aufstände zu erwarten seien. Man fürchtet, daß sich die Bewegung auch auf die italienischen Kolonien in Lybien ausdehnen wird.

Von der Ostfront.

Berlin, 24. März. (Drahtnachricht.) An der schlesisch-böhmischen Grenze wurde eine eigene Feldwache südlich Friedland von den Tschechen beschossen. Von allen Seiten der Posenschen Front sind Patrouillenvorstöße und kleine Angriffe der Polen zu berichten. Die Stimmung unserer Truppen ist daher äußerst erbittert, vor allem im Netzeabschnitt südlich Schneidemühl—Bromberg, gegen den sich die heftigsten Vorstöße gerichtet haben. Im Abschnitt Thorn wurde von zwei zu den Polen entsandten Parlamentären der eine nach Ueberschreiten der Grenze getötet, der andere verwundet. Im Baltikum sind Truppen der lettischen Regierung bis nördlich Eckau, östlich und nördlich Mitau gelangt.

Rückkehr von Deutschen aus China.

Amsterdam, 24. März. (Drahtnachricht.) Die „Times" erfährt aus Schanghai, daß an Bord der nach Rotterdam abgegangenen Dampfer „More", „Kovara" und „Athen" sich an Deutschen 933 Männer, 402 Frauen und 406 Kinder befinden. Die noch zurückgebliebenen Deutschen betragen etwa 1000, die später zurückbefördert werden. Die Aerzte, die dazu bestimmt waren, als Schiffsärzte auf den obengenannten Schiffen mitzufahren, sind verschwunden. Man glaubt, daß sie sich in dem Woo Sung Medical College befinden, das unter dem Schutz der chinesischen Behörden steht.

Aus Ostafrika zurück.

Amsterdam, 24. März. (Drahtnachricht.) In den nächsten Tagen werden in Rotterdam aus Ostafrika mit dem Dampfer „Botha" 40 Offiziere, 87 Mannschaften, 100 Frauen und 300 Kinder eintreffen. Sie werden sofort nach Wesel weitergehen.

Abschluß der Entente-Konferenz Ende März?

Zürich, 24. März. (Privattelegramm.) Der „Corriere della Sera" meldet aus Paris: Pichon erklärte im Kammerausschuß für Auswärtiges auf eine Anfrage Rénaudels, er rechne mit den Abschluß der Besprechungen der Ententekonferenz für Ende März. Das Eintreffen der deutschen Delegierten sei für die erste Aprilwoche zu erwarten.

Der französische Gesandte für Deutsch-Oesterreich.

Paris, 24. März. Der „Temps" meldet, daß Allize in Laufe der Woche mit dem Titel eines außerordentlichen Gesandten nach Wien abreisen wird. Ihm werden zugeteilt Romien der Sekretär in Berlin war, De Ceris, Botschaftsrat in Wien sowie 12 Offiziere.

Die amerikanischen Liquidationspläne.

Berlin, 24. März. Amtlich. Auf die Vorstellung der deutschen Regierung bei den alliierten Staaten hat sich die amerikanische Regierung bei den Alliierten dahin erklärt, daß der Verwalter feindlichen Eigentums keine neuen Maßnahmen gegen feindliches Eigentum in den Vereinigten

Das Rosenhaus.

Roman von Fritz Gantzer.

17. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

Aber Thomas war stolz auf sein Werk. „Es ist immer gut, wenn man etwas versteht", rühmte er sich selber. „Nun ist die alte Uhr wieder zu gebrauchen. Ohne mein Zutun stände sie noch."

Dann hielt er im Zimmer suchend Umschau, als trachte er danach, ein neues Objekt für seine Operationsgelüste auszufinden. Er näherte sich auch schon wirklich einer altmodischen Lampe, die in einsamer Höhe auf einem Schranke thronte und als langbeiniges Geschöpf einer längst vergangenen Epoche wie eine alte Jungfer mißmutig und grämlich auf die Fremden herabschaute. Thomas Bruckmüller aber reinen geradezu haßerfüllten, drohenden Blick zuwarf.

Der ließ sich nicht im geringsten einschüchtern. Er zog einen Stuhl neben den Schrank und sagte, nur zu sich sprechend: „Du da oben scheinst mir auch krank. Ich werde dich mal herunterholen und dich etwas näher ansehen. Taugst du nichts mehr, so breche ich dir dein steifes Genick. Lampen, die nicht mehr brennen wollen, gehören auf den Scherbenhaufen. Es ist lächerlich, sie zur Totenparade auf einen Schrank zu stellen. Warte, du alte Tante, ich will dir sagen, ob du für die Vergänglichkeit reif bist. Ueberlebt stehst du entschieden aus."

Traute Wesselfink legte die Hände vor das Gesicht, sie schämte sich dieses entsetzlichen Verwandten. Es war maßlos frech, eine Lampe eine „alte Tante" zu nennen. Das schien ja fast so, als wolle er sie, Tante Traute Wesselfink, verhöhnen. Und Ida Bruckmüller schüttelte den Kopf. Sie dachte: „Na, warte nur, ist es erst sicher, daß uns das alles hier ringsherum gehört, dann werfe ich dich abscheulichen Kerl zum Hause raus."

Uebrigens war die Empörung über Thomas allgemein. Sein Vetter Abel riß ihm den Stuhl fort und sagte ärgerlich: „Du, das laß man sein mit der Lampe! Versteht du mich?"

„Allerdings. Ich habe ja zwei Ohren. Aber ich besitze auch die Fähigkeit, einen Gedankengang logisch durchzuführen. Vielleicht sind Sie imstande, mir zu folgen, wenngleich Ihre Schema-F-Tätigkeit im Bureaudienst eher das Gegenteil erwarten läßt. Die Sache ist nämlich so: Jenes vorsintflutliche Gerät dort auf dem Schrank gehörte Onkel Matthias. Da Onkel Matthias gestorben ist, gehört es ihm nicht mehr. Denn Tote sind natürlich besitzlos. Dieses unmögliche Beleuchtungsmöbel ist mithin ohne Herren. Zum Ueberfluß ist es eines Herrn überhaupt nicht mehr würdig. Folglich bin ich, wenn ich mich zu einer so tiefen Erniedrigung herablasse, einem unwürdigen Gegenstande meine Aufmerksamkeit zu schenken, berechtigt, dieser herrenlosen, unmöglich noch zu gebrauchenden Lampe das Genick umzudrehen. Und Ihr Einspruch, es nicht zu tun, ist mithin unberechtigt."

„O Gott, war das ein verrückter Kerl! Ein ganz verrückter, blödsinniger Kerl! Abel Bruckmüller dachte es und wich wie in Furcht vor dem logischen Gedankenkünstler zurück. Und der Notar dachte es auch. Aber er war dem Herrn Magistratssekretär an Mut überlegen, gewißt, dieser Komödie, die diese Stunde entweihte, auf alle Fälle ein Ende zu machen. Herrn Matthias Bruckmüllers verblichener Leib sollte sich nicht schon über der Erde im Sarge umdrehen.

Justus Schellenberg trat daher energisch näher, räusperte sich nachhaltig und sagte, seiner Stimme einen Klang voll vieler Feierlichkeit gebend: „Mein Verehrtester, ich opponiere entschieden gegen die Art, mit der Sie sich hier einführten. Als Nachfolgerweser Ihres verstorbenen Onkels unterlage ich Ihnen die Fortsetzung Ihres Tuns."

Thomas grinste den Notar an. „Mein Herr, ich verzichte auf eine Bevormundung durch Sie. Ich bin vollkommen Autoritätsverächter. Selbst die Autorität eines Nachlaßverwesers achte ich nicht. Uebrigens brauche ich es ja auch nicht zu glauben, daß Sie das Recht auf die Ausübung dieses Amts besitzen."

„Oho!" keuchte Justus Schellenberg. „Oho! Werden Sie nicht beleidigend . . . Es ist unerhört!"

„Ja, Herr Notar", pflichtete Traute Wesselfink bei. „Unerhört!"

„Infam!" lächelte Thomas in Selbstanklage. „Und warum? Bloß, weil ich kein Normalmensch bin wie Sie, meine verehrte Dame. Weil ich tue, was ich denkend für richtig halte. Ihre Leichenbittermiene ist ja direkt Maske . . . Und Ihre auch, mein Herr", wandte er sich an Abel Bruckmüller. „Ja, ja, gucken Sie mich nur an! Meinen Sie, ich wüßte nicht, daß Sie am liebsten noch ganz etwas anderes machen möchten als ich? Sie würden, wenn Sie es nur dürften, zur Minute die Geldkiste des Toten auspacken und sich Ihren Anteil in die Tasche stecken."

Man sah Thomas mit empörten, vernichtenden Blicken an. Man hätte ihn am liebsten vor die Tür werfen mögen. Und wer weiß, ob es am Ende nicht auch dazu gekommen wäre, wenn sich Thomas im nächsten Augenblick nicht selbst entfernt hätte.

Die Veranlassung dazu gab der Leichenwagen, der eben vor das Haus fuhr und dessen Ankunft der wunderliche Heilige aus Fiddichow bei Fürstenwalde beobachtet hatte.

„Gott sei Dank!" atmete Traute Wesselfink aus tiefster Brust. Und dann klagend: „Solch einer muß zur Verwandtschaft gehören! Man möchte vor Scham in die Erde sinken!"

Was ja Traute Wesselfink allerdings nicht tat. Im Gegenteil. Voller Neugierde, was Thomas da draußen wohl beginnen würde, trat sie an das Fenster und beobachtete den sonderlich gearteten Herrn Verwandten.

Er schien den würdigen und behäbigen Begleitern des Leichenwagens, ehrsamen Kleinleuten aus Bredenbrück, die das Begraben ihrer Mitbürger als gut entlohnte Nebenbeschäftigung trieben, einen wunderlich-krausen Vortrag zu halten. Denn die biederen Schwarzröcke standen mit stark aufgerissenen Augen und weit geöffnetem Munde da und wußten offenbar nicht, was sie aus dem heftig gestikulierenden Manne im über alle Maße eigentümlichen Aufputz machen sollten. Als Thomas indes an die beiden mit schwarzen Tüchern bekleideten dunkelbraunen Gäule herantrat und Miene machte, die Trauerbehänge herabzuziehen, verwandelte sich die Verblüffung der acht Totenmänner in helle Empörung. Zwei sprangen hinzu und rissen den Dreizitling mit jähem Ruck zur Seite, daß ihm der kaffeebraune Schirm entfiel und der Spritzkocher im Rucksack ob der Vergewaltigung seines Herrn klirrend und aufreizend Verwahrung einlegte.

Thomas selbst tat das nicht. Der plötzliche Angriff hatte ihn aus der Fassung gebracht. Er fand davon noch so viel zusammen, daß er sich in Eile nach seinem Regendache zu bücken vermochte, um dann hastend hinter das Haus zu laufen.

Es war auch wirklich die höchste Zeit, daß seine für eine Trauerfeier durchaus unwürdige Erscheinung von der Bildfläche verschwand. Trüben von Bredenbrück her, wo der sandige, windungsreiche Feldweg hinter dem Wiesenpfade begann, kamen einzeln oder in kleinen Gruppen die ersten Bredenbrücker, die dem verstorbenen Herrn des Rosenhauses das Geleit zum Friedhofe geben wollten. Voran zog der hagere Kantor Ebeling mit seinen zwölf Singeknaben. Der Kantor Ebeling, Heinrich Ebeling, trug einen altmodischen Zylinder und einen altertümlichen Rock.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19190325012/fragment/page=0002

Staaten ergreife, obschon er in gewissen Fällen seine Liquidationspläne, die er vor Abschluß des Waffenstillstandes begonnen habe, fortsetze.

Keine Verhandlungen zwischen Braunschweig und Berlin.

Berlin, 24. März. Wie W. T. B. erfährt, trifft die Pressemeldung über Verhandlungen zwischen der Braunschweiger Regierung und dem Reichswehrministerium nicht zu. Die Militärkonvention besteht so lange zu Recht, bis eine Neuordnung von Reichswegen eintritt.

Ausdehnung des Luftpostdienstes.

Berlin, 24. März. Der bisher auf Strecke Berlin—Leipzig—Weimar und Berlin—Hamburg von der Deutschen Luftverkehrs betriebene regelmäßige Luftpostdienst soll, wie wir hören, noch im Laufe des April nach Hannover, Rheinlande-Westfalen, Frankfurt a. M., Breslau und Warnemünde ausgedehnt werden. Die schnelle Verbindung mit Warnemünde wird namentlich für den Personen- und Postverkehr nach den skandinavischen Ländern von großer Bedeutung sein. Warnemünde soll auch einen Ausgangspunkt für den Seeluftverkehr mit Wasserflugzeugen bilden.

Ergebnis der Gemeinderatswahlen in Eisenach.

Eisenach, 24. März. (Privattelegramm.) Die Gemeinderatswahlen in Eisenach ergaben für die Bürgerlichen 23 Sitze, für die Unabhängigen 6 Sitze und für die Mehrheitssozialisten 6 Sitze.

Aus der demokratischen Bewegung.

Schmiedeberg, 24. März. Vielfachen Wünschen entsprechend, nahm Abg. Delius am Freitag Gelegenheit, sich in öffentlichen Versammlungen in Schmiedeberg und Pretzsch vorzustellen. Die Versammlung in Schmiedeberg fand am Nachmittag statt. Sie war von mehreren hundert Männern und Frauen besucht. Die kurze Zeit legte Beschränkungen auf. Abg. Delius sprach über die Aufgaben der Nationalversammlung und hatte sehr aufmerksame Zuhörer und lebhaften Beifall. Am Abend hielt der Dem. Verein Pretzsch eine öffentliche Versammlung ab. Bereits ½ 8 Uhr vor Beginn war der Saal überfüllt. Die 1½ stündigen Ausführungen des Referenten über Deutschlands Schicksalsfragen fanden großen Beifall. In der Aussprache trat ein Herr Hoffmann aus Halle, den sich die Deutschnationalen verschrieben hatten, nach Art des Uhlmart und Genossen in einer wüsten antisemitischen Hetzrede auf, die den lauten Widerspruch der großen Masse der Versammlungsbesucher und den Beifall der wenigen Gesinnungsgenossen des Redners fand. Ihm traten die Vorsitzenden des Demokr. Vereins Dommitzsch, Herr Dönig und des Vereins Schmiedeberg, Herr Kelle und ein Feldgrauer entgegen. Abg. Delius hielt unter dem jubelnden Beifall der Versammlung eine so gründliche Abrechnung, daß der antisemitische Hetzer wohl kaum jemals wieder Lust verspüren wird, in einer Versammlung des Abg. Delius aufzutreten. Die Versammlung bedeutete, daß konnte der Vorsitzende, Sanitätsrat Albrecht, feststellen, einen glänzenden Erfolg. Die betrübten Deutschnationalen hatten einen bösen Reinfall erlitten.

Halle und Umgegend.

Halle den 25 März 1919.

Die Ernteaussichten und die Selbstversorgung der städtischen Bevölkerung.

Immer mehr stellt sich heraus, daß wir uns nicht nur für jetzt, sondern auch noch auf längere Zeit hinaus mit verhältnismäßig kargen Mengen von Lebensmitteln behelfen müssen. Nach den vor kurzem von sachverständiger halbamtlicher Stelle ergangenen Mitteilungen wird unsere nächste Ernte infolge der Arbeiterschwierigkeiten, des Mangels an Dünger und Pflanzenmitteln und der Transportmittelnot wahrscheinlich nur etwa die Hälfte des normalen Ertrages der Vorkriegszeit ergeben. Diese Hindernisse eines vollen Ertrages werden sich auch nicht so bald, sondern bestenfalls erst im Laufe mehrerer Jahre beheben lassen und dementsprechend werden wir auch noch auf Jahre hinaus mit verhältnismäßig geringen Ernten zu rechnen haben. Andererseits liegt es auf der Hand, daß wir angesichts der Verarmung, in die wir geraten sind, des gesunkenen Wertes unseres Geldes, der Schiffsraumnot usw. nur auf eine bescheidene Einfuhr von Lebensmitteln in den nächsten Jahren werden rechnen können. Unter diesen Umständen leuchtet ein, welche außerordentliche Wichtigkeit die Selbstversorgung der städtischen Bevölkerung durch eigenen Anbau kleiner Landstücke, insbesondere in den bekannten Kleingartenkolonien, den Schrebergärten, und in den Arbeiterkolonien des Bundes zur Erhaltung und Mehrung der deutschen Volkskraft besitzt. Durch diesen Anbau und durch die unter Umständen den Verhältnissen damit zu verbindende Kleintierzucht kann sich die städtische Bevölkerung einen immerhin nicht erheblichen Zuschuß zu ihrer Ernährung verschaffen. Arbeiterschwierigkeiten kommen hier nicht in Betracht und der Mangel an Dünger kann, wenigstens teilweise, durch Verwendung der menschlichen Ausscheidungsstoffe und der Hausabfälle und durch Kompostbereitung ausgeglichen werden, ebenso auch durch eine besonders sorgfältige Bearbeitung des Bodens. Dieses ganze Stück eigener Lebensmittelerzeugung unserer städtischen Bevölkerung hat während des Krieges mächtige Fortschritte gemacht. Aber angesichts der geschilderten trüben Aussichten der Lebensmittelversorgung für die nächsten Jahre ist es eine ernste Pflicht, aller amtlichen und nichtamtlichen Stellen, die in dieser Sache etwas tun können, diese Selbstversorgung der städtischen Bevölkerung mit aller Kraft noch weiter möglichst auszubauen und zu fördern, und auch jede einzelne Familie wird gut tun, mit sich zu Rate zu gehen, ob sie nicht diesen Weg der Selbsthilfe beschreiten will.

Regelung der Arbeitszeit der Angestellten während der Zeit der wirtschaftlichen Demobilmachung.

Achtstundentag für kaufmännische Angestellte.

Aus dem Mitteren Arbeiterrat wird uns geschrieben:

Wiederholt wurde in letzter Zeit der Mittlere Arbeiterrat von Interessenten aus den Kreisen der Angestellten usw. mit Anfragen bestürmt, inwieweit kaufmännische Angestellte usw. unter das Achtstundentagesgesetz fallen. In Anbetracht dessen, daß diese Angelegenheit bis dahin strittig war, dürfte nunmehr eine Klärung in dieser Angelegenheit eingetreten sein, denn unter dem 18. März 1919 erläßt der Reichsminister für die wirtschaftliche Demobilmachung Koch eine Verordnung, betreffend die regelmäßige tägliche Arbeitszeit ausschließlich der Pausen die Dauer von acht Stunden nicht überschreiten darf. Wenn die Abweichung hiervon durch Vereinbarung eine Verkürzung der Arbeitszeit an Vorabenden der Sonn- und Festtage herbeigeführt wird, kann der Ausfall der Arbeitsstunden an diesen Tagen auf die übrigen Werktage verteilt werden.

Sofern die tägliche Arbeitszeit mehr als sechs Stunden beträgt, ist den Angestellten innerhalb der Arbeitszeit eine mindestens halbstündige Pause zu gewähren. Fällt das Ende der Arbeitszeit in die Zeit nach vier Uhr nachmittags, so muß die Pause für die Angestellten, die ihre Hauptmahlzeit außerhalb des der Arbeitsstätte enthaltenden Gebäudes einnehmen, auf mindestens ein und eine halbe Stunde verlängert werden.

Nach Beendigung der täglichen Arbeitszeit ist den Angestellten eine ununterbrochene Ruhezeit von mindestens elf Stunden zu gewähren.

Beginn und Ende der Arbeitszeit und der Pausen sind, sofern keine tarifliche Regelung erfolgt ist, vom Arbeitgeber im Einverständnisse mit dem Angestelltenausschuß oder, wenn ein solcher nicht besteht, mit der Angestelltenschaft des Betriebes oder des Bureaus entsprechend den Bestimmungen dieser Verordnung für den Gesamtbetrieb oder einzelne Abteilungen gesondert festzulegen und durch Aushang bekannt zu machen.

Die Bestimmungen der §§ 1 bis 3 finden keine Anwendung auf Arbeiten, die

1. in Notfällen,
2. im öffentlichen Interesse,
3. zur Verhütung des Verderbens von Waren oder des Mißlingens von Arbeitserzeugnissen

unverzüglich vorgenommen werden müssen.

Arbeitgeber, welche Angestellte mit Ueberarbeiten der in Ziffer 1 bis 3 bezeichneten Art beschäftigen, sind verpflichtet, ein Verzeichnis anzulegen, in welches für jeden Tag, an dem Ueberstunden geleistet worden ist, die Zahl der daran beteiligten Angestellten, die Zahl der von ihnen geleisteten Ueberstunden und die Art der vorgenommenen Arbeiten einzutragen sind. Das Verzeichnis ist auf Erfordern den zuständigen Aufsichtsbeamten jederzeit zur Einsicht vorzulegen.

Durch Tarifvertrag kann eine anderweitige Regelung der Arbeitszeit und der Ueberstunden getroffen werden.

Insbesondere kann durch Tarifvertrag vereinbart werden, daß an die Stelle der achtstündigen Tagesarbeitszeit die achtundvierzigstündige werktägige Durchschnittsarbeitszeit tritt.

Dieses dürften die wichtigsten Bestimmungen aus der im Reichsgesetzblatt erschienenen Verordnung über die kaufmännischen Angestellten sein.

Indem wir die Interessenten höflichst ersuchen, diese Bestimmungen strikte zu beachten, verweisen wir gleichzeitig noch darauf, daß der Mittlere Arbeiterrat nach wie vor bei irgend welchen Unklarheiten über diese Verordnung gern zur diesbezüglichen Auskunft bereit ist.

Schuhwerk für Landwirtschaft.

Die Reichsstelle für Schuhversorgung hat für die Frühjahrs-Feldbestellung rund 225 000 Paar neues und 350 000 Paar instandgesetztes Lederschuhwerk den Kommunalverbänden zur Versorgung der Landwirtschaft zugeteilt. Neues Schuhwerk kann erst wieder im Herbst zur Verteilung gelangen. Dagegen verfügt die Reichsstelle noch über Bestände an instandgesetztem Lederschuhwerk. Kommunalverbände, deren Bedarf an Schuhwerk durch die bisherigen Zuteilungen noch nicht gedeckt ist, können Anträge auf Zuteilung von instandgesetztem Lederschuhwerk unmittelbar an die Reichsstelle für Schuhversorgung Berlin W. 8, Kronenstr. 50/52, stellen. Soweit die Lieferung noch für die Frühjahrs-Feldbestellung gewünscht wird, empfiehlt sich die schleunige Einreichung solcher Anträge. Anträge auf Zuteilung von neuem Lederschuhwerk können nicht berücksichtigt werden.

Da die Versorgung der in der Landwirtschaft unterzubringenden Notstandsarbeiter mit Schuhwerk durch die Kommunalverbände des Beschäftigungsortes zu erfolgen hat, ist bei den Anmeldungen nicht nur der Bedarf der ansässigen landwirtschaftlichen Bevölkerung, sondern auch der neueinzustellenden Notstandsarbeiter zu berücksichtigen.

Im Auftrage des Kulturministeriums. Auf mehrfache Anfragen sei hier mitgeteilt, daß Herr Dr. Dieterich, der heute, Dienstag abend, im Thaliasaal wieder über die Trennung von Staat und Kirche spricht, nach einer uns gewordenen zuverlässigen Auskunft tatsächlich die Auffassungen des Kulturministeriums für Kunst, Wissenschaft und Volksbildung in seinen Vorträgen vertritt.

Aus den Kreisen des Feuerwehrkorps werden wir um Aufnahme folgender Erklärung gebeten: Die Wahl zweier Feuerwehrbeamten seitens der unabhängigen sozialdemokratischen Partei in den Arbeiterrat könnte den Anschein erwecken, daß diese Partei im hiesigen Feuerwehrkorps viele Anhänger gefunden habe. Wir verwahren uns gegen eine solche Unterstellung und erklären hiermit ausdrücklich, daß der größte Teil der Feuerwehrbeamten nach wie vor zu den regierungsfreundlichen Parteien gehört.

Die Wiedereinrichtung des Fremdenverkehrs betrifft eine Eingabe, mit der sich der Verband der Hotelbesitzervereine Deutschlands an das Auswärtige Amt, an das Reichswirtschaftsamt, das Reichsamt des Innern und an die Deutsche Nationalversammlung in Weimar soeben wendet. Die Verbandsleitung weist darauf hin, daß Frankreich zurzeit eine geradezu fieberhafte Tätigkeit entfaltet. Die Regierung errichtete eine besondere Hotelierkammer, ein eigenes Touristenamt im Ministerium der öffentlichen Arbeiten, ein Kreditinstitut für die Hotelindustrie, und entfaltet einen gewaltigen Werbeapparat, insbesondere in Amerika. Es geht in erster Reihe gegen das Uebergewicht der deutschen Bäder, die vor dem Kriege eine Jahreseinnahme von 800 Millionen Mark erbrachten, über die französischen, die nur 150 Millionen erreichten. Auch Italien, das vor dem Kriege jährlich 700 Millionen Lire aus dem Fremdenverkehr zog, entfaltet bereits Werbetätigkeit. Die Schweiz hat bereits vor Jahresfrist ein eigenes Verkehrsamt errichtet und mit reichen staatlichen Mitteln ausgestattet. Nur in Deutschland, das auf den Fremdenverkehr so sehr angewiesen ist, regt es sich nicht. Die Eingabe befürwortet die schleunige Errichtung des längst geplanten deutschen Reiseverkehrsrates, der mit staatlichen Mitteln in genügendem Maße ausgestattet werden soll.

Provinzial-Nachrichten.

?? Merseburg, 24. März. (Der Landrat unseres Kreises), Herr Freiherr von Wilmowski, tritt am 1. April einen längeren Urlaub an, um aller Voraussicht nach nicht wieder auf seinen Posten zurückzukehren. Ebenso scheidet am 1. April sein Vertreter, Regierungs-Assessor von Neuhaus, aus seinem Amte. Als Nachfolger im Landratsamt nennt das Kreisblatt den früheren Landrat Mosle des Kolschminer Kreises in Posen.

? Friedrichroda, 24. März. (Ein Unterschied.) Unter reger Beteiligung von Pachtlustigen von hier und auswärts erfolgte die Neuverpachtung der hiesigen Jagd. Bisheriger Pächter, d. h. seit 1850, war Herzog Karl Eduard für einen jährlichen Pachtzins von 400 Mark. Das Jagdrevier umfaßt gegen 300 Hektar Land und Wiesen, sowie 52 Hektar Wald. Höchstbietender für den Preis von 2570 Mark für die nächsten Jahre blieb Moritz Henn von hier, der den Zuschlag erhielt. Um welche Summen die Stadt dadurch gekommen ist, daß die Jagd in den langen Jahren immer in denselben Händen blieb, läßt sich aus dem großen Unterschied der Pachtbeträge ersehen.

δ Magdeburg, 24. März. (Trübe Aussichten.) In der letzten Sitzung des Haushaltsausschusses gab Oberbürgermeister Reimarus einen vorläufigen Ueberblick über die städtische Finanzlage. Das Bild, das er entwarf, gestaltet sich überaus trübe. Nach den vorläufigen Feststellungen wird sich ein Fehlbetrag von 7—9 Millionen Mark ergeben. Wenn dieser ganze Betrag, der durch Steuern neu zu decken ist, durch Einkommensteuer aufgebracht werden soll, so wären zu den bisherigen 200 Prozent Einkommensteuerzuschläge weiter 160—180 v. H. Zuschlag zu erheben.

× Schleiz, 24. März. (Der Ausschuß für Bismarckehrung) hat beschlossen, seine Tätigkeit für Errichtung eines Bismarckturmes einzustellen und nunmehr mit Herübernahme seines gesamten Vermögens von etwa 7000 Mark einschließlich Material unter dem Namen „Ausschuß zur Errichtung eines Ehrenhaines für unsere Gefallenen" in dieser Richtung zu arbeiten in der Annahme, daß dieses Vorhaben der allgemeinen Unterstützung sicher ist und die Spender der Beiträge zur Errichtung eines Bismarckturmes damit einverstanden sind. Der Ausschuß zur Errichtung eines Ehrenhaines beabsichtigt, unmittelbar anschließend an den Bismarckturm und diesen in sich aufnehmend, einen Ehrenhain anzulegen, in dem für jeden gefallenen oder durch den Krieg gestorbenen Soldaten aus Schleiz und Umgebung ein Baum gepflanzt, für alle aber gemeinschaftlich ein würdiges Denkmal errichtet wird.

Eisenach, 19. März. (Jugend von heute.) Die gestrige Schülervorstellung im Stadttheater „Wilhelm Tell" war der Schauplatz jugendlicher Flegeleien. Man störte die Aufführung, indem man kleine Steine nach den Schauspielern warf, auch Pfennigstücke flogen zur Bühne. Knaben mit besonderer artistischer Begabung schossen Papierkugeln auf die Darsteller. Aehnliche Szenen spielten sich schon kürzlich in der „Julius Cäsar"-Aufführung ab. Der Träger einer Hauptrolle erhielt eine „Gageneröhung" von zwei Pfennigen in einem Briefchen zugeworfen und andere Dummejungen-Streiche mehr. Als gestern der jugendliche Uebermut zu hohe Wellen schlug, trat Direktor Richard Tren vor den Vorhang und ermahnte die Jugend, doch Achtung vor dem großen deutschen Dichter und der Kunst der Schauspieler zu bewahren und derartige Lümmeleien zu unterlassen. Es gelang ihm, die Ruhe wiederherzustellen und der Aufführung bis zum Ende ein anstandswahrendes Publikum zu verschaffen.

— Suhl, 24. März. (Arbeitslosigkeit in der Waffenindustrie.) Hier wurden bisher annähernd 170 000 Mark Erwerbslosenunterstützung ausgezahlt. Jetzt gibt es hier 681 Personen, darunter 86 weibliche, die Arbeitslosenunterstützung beziehen: Aus dem ganzen Kreis Schleusingen sind 2198 Personen als arbeitslos gemeldet, davon 345 weibliche. Zum größten Teil entfallen sie auf Suhl und die um Suhl liegenden Dörfer mit Industriebevölkerung. Die Waffenindustrie will sich wieder auf die Friedensartikel einstellen, aber den größeren Fabriken fehlen Kohlen, Rohmaterial und Aufträge, wogegen die Kleinbetriebe und selbständigen Büchsenmacher ziemlich gut zu tun haben. Auch die hiesige Porzellanfabrik hat Aufträge in Fülle und Fülle, kann aber wegen Kohlenmangels nicht viel Arbeiter beschäftigen. Die während des Kriegs stillgelegte zweite Porzellanfabrik kann in absehbarer Zeit den Betrieb nicht wieder aufnehmen. Somit gehört ein Teil der Arbeitslosen auch der Porzellanindustrie an, der überwiegende Teil jedoch der Waffenindustrie. In Zella- St. Bl. und Meßlis liegen die Verhältnisse in den Waffen- und Kleineisenbetrieben ähnlich wie in Suhl. Die Zahl der Arbeitslosen ist dort im Verhältnis etwas geringer.

Kassel, 22. März. (Das erste Auslandsmehl) gelangt jetzt hier zur Ausgabe. Allerdings ist der Preis sehr hoch. Er beträgt 95 Pfennig für das Pfund

Vermischtes.

Furchtbares Unglück.

Gleiwitz, 24. März. (Drahtnachricht.) Wie die „Oberschlesische Volksstimme" meldet, ereignete sich heute nachmittag gegen 4 Uhr ein entsetzliches Unglück. Die hiesige katholische Mission für Mädchenschutz veranstaltete heute nachmittag im Stadtgarten eine Kindervorsammlung, die sehr stark besucht war. Auf bisher unaufgeklärte Weise entstand beim ersten Akt einer Theatervorstellung auf der Bühne ein Feuer. Der Feuerruf löste eine unbeschreibliche Panik aus. Alles stürmte dem Ausgange des Saales zu. Dadurch staute sich die Menge der Kinder. Auch stürzte die Treppe unter dem Druck ein. Eine große Anzahl von Kindern, man spricht von 60—70, wurde zerquetscht und zerdrückt. Feuerwehr und Sanitätsmannschaften, Aerzte und Priester waren zur Stelle und bemühten sich um die Verunglückten. Im Augenblick läßt sich die Größe des Unglücks noch nicht feststellen.

Für eine Million Mark Schieberware beschlagnahmt. Aus Essen wird gemeldet: 36 Eisenbahnwagen mit schwefelsaurem Ammoniak, Schieberware im Werte von über einer Million Mark, die als fingiertes Heeresgut von Düsseldorf nach Münster geschoben werden sollte, wurde auf dem Bahnhof der westfälischen Ortschaft Neuenkirchen unterlucht und beschlagnahmt.

Angenehme Lektüre. Einen guten Fang machten Sicherheitsbeamte auf dem Bahnhof in Vaßum (Hann.). Dort erregte ein feister Rehbock durch sein hohes Gewicht Verdacht. Bei genauem Nachsehen fan man in seinem Innern statt der Eingeweide zwanzig Pfund Butter. — Ferner erregte eine schwere Kiste, die Bücher enthalten sollte und für einen Gelehrten im Oldenburgischen bestimmt war, Aufsehen und wurde geöffnet. Es kamen zum Vorschein: 4 Schweineschinken, 2 Seiten Speck und acht Mettwürste.

Giftmord per Post. In Schwarzgrub (Niederbayern) ist der ledige Landwirt Muhr an einem vergifteten Kuchen gestorben, der ihm mit einigen Aepfeln und einem namenlosen Brief von einer angeblichen Freundin mit der Post zugeschickt worden war. Seine beiden Schwestern und der Knecht, die auch von der Sendung gegessen hatten, liegen schwervergiftet darnieder.

Der sachverständige Spartakist. Die Düsseldorfer Spartakisten haben das dortige Fernsprechamt mit ihren Vertrauensleuten besetzt. Ein Teilnehmer verlangt beim Amt Nr. 164. Der den Fernsprecher bedienende Spartakist: „Einen Augenblick, bitte"; dann nach einer Weile: „Nr. 164 können Sie nicht haben, das ist besetzt, aber Nr. 165 ist frei, vielleicht nehmen Sie das!" — Das freundliche Entgegenkommen der Spartakisten ist immerhin anzuerkennen.

Das österreichische Riesengebirge ohne Lebensmittel. Die Hotelbesitzer der auf österreichischer Seite gelegenen Riesengebirgsorte haben sich zu dem folgenschweren Entschluß gezwungen gesehen, sofort ihre Häuser zu schließen. Die Unmöglichkeit der Lebensmittelbeschaffung und die gegenwärtigen unhaltbaren politischen Zustände machen jede Fremdenindustrie von vornherein zunichte. Die Sperre betrifft alle Hotels und Gastwirtschaften in Spindelmühl, Friedrichstal und St. Peter. Die Hotelbesitzer warnen dringend von

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19190325012/fragment/page=0003

einer Einrede in die genannten Orte, da weder Unterkunft noch Verpflegung gegenwärtig dort zu erhalten sind. Von den genannten Orten ist Spindelmühl der bedeutendste Fremdenort auf österreichischem Riesengebirgsgebiet, der von dem norddeutschen Reisepublikum auf dem Wege über die Peterbaude und den Elbfall als Station gern aufgesucht wurde.

Zu politischem Wortwechsel erschossen. Der Führer der weißen Abteilung der Münchener republikanischen Schutztruppe, Wagner, erschoß in einem politischen Wortwechsel den Stabsarzt Dr. Holzapfel. Wagner wurde verhaftet und erklärt, er habe nicht die Absicht gehabt, Holzapfel zu töten.

Abiturientenexamen des jungen Liebknecht. Der älteste Sohn Karl Liebknecht hat nunmehr am Steglitzer Gymnasium das Abiturientenexamen bestanden. Es dürfte noch in Erinnerung sein, daß des jungen Liebknechts Mitschüler durch einen Schulstreik seine Entfernung von der Anstalt erzwingen wollten. Erst durch das Eingreifen des Kultusministers Konrad Haenisch wurde damals der merkwürdige Konflikt beigelegt.

Um einen Pfennig. Die Verhandlungen zwischen den Berliner Bäckermeistern und dem Berliner Magistrat über die Erhöhung des Brotpreises, die infolge der Lohnforderungen der Gesellen notwendig geworden ist, haben zu keinem befriedigenden Resultat geführt. Die Bäckermeister behaupten, mindestens zehn Pfennig für ein Brot mehr erhalten zu müssen, um bei den hohen Löhnen zurecht zu kommen; der Magistrat aber erklärt, nur neun Pfennig zugestehen zu können. Die Bäckermeister haben daher eine Versammlung einberufen, in der sie zu dem Verhalten des Magistrats Stellung nehmen wollen. Hoffentlich kommt es noch zu einer Einigung, damit wir nicht wegen der Differenz von einem Pfennig pro Brot in der nächsten Woche im Bäckergewerbe einen Streik erleben.

Sport-Nachrichten der „Saale-Zeitung".

Pferdesport.

Im Großen Preis von Hamburg (100 000 Mk., 2200 Meter) wurde für 55 Pferde der dritte Einlauf bezahlt. Die besten Drei- und Vierjährigen finden sich im Rennen vor. So von ersteren Glockenturm, Bannwart, Eckstein, Leuchtturm, Tulipan, Turmuhr, Armenier, Thor, Berliner, Purzelbaum, Feldherr II, Blindgänger, Hallunke sowie Mörser, und von Vierjährigen: Traum, Marmor, Prunus, Skarabae, Hersenier, Landstürmer und Optimist. In Wien blieben zwei Dreijährige, Komödiant und Oliver Twist, stehen. Unter den ausgeschiedenen Pferden befinden sich Laubfrosch, Frauenlob, Turmwart, Marmolata, Ganghofer, Mendor II und die österreichische Derbysieger Reichenau.

Das Henckel-Rennen (27 000 Mk., 1600 Meter), die klassische Hoppegartener Dreijährigen-Prüfung dieses Jahres, weist nach dem Nengeldtermin vom 18. März noch 46 Namen auf. Es verblieben u. a. im Rennen: Glockenturm, Gibraltar, Fernande, Bannwart, Eckstein, Leuchtturm, Tulipan, Turmuhr, Armenier, Thunichtgut, Thor, Berliner, Marmolata, Lotse, Purzelbaum, Feldherr II, Blindgänger, Hallunke, Georgios und Mörser, also die beste Klasse des Derbyjahrgangs. — Im Renard-Rennen (28 000 Mark, 1200 Meter), der klassischen Hoppegartener Zweijährigen-Prüfung, verblieben bei Zahlung des vierten Einsatzes noch 61 Bewerber, während 19 ausschieden.

Fußballsport.

Fußball im Reiche.

Leipzig: Jubiläumsvolallspiel: Spielvereinigung—B. f. B. 1, Wacker—Ballspielklub 4:1, Olympia—Fortuna 1:1. **Dresden:** Fußballring—Brandenburg 2:2 (die Entscheidung um die Fußballkriegsmeisterschaft fällt daher erst an einem der nächsten Sonntage), Sportlust—Sportgemeinschaft 4:0 (1:0), Sportklub—Spielvereinigung 2:0 (1:0), Fußballring I—Sportfreunde 00 11:0. **Chemnitz:** Ballspielklub—S. C. National 5:3, Teutonia—Helios 4:3, V. f. B.—Mittweida 99 2:1, Sturm—Rasensport 7:0. **Plauen:** Konkordia—Sportfreunde 2:2 (2:1). **Magdeburg:** Sportverein Viktoria—Germania 3:2 (1:1), Kricket Viktoria—Weißlob 2:1 (1:1), Sportklub 1900—Komet 6:1 (2:1), Sportgemeinschaft Preußen-Wacker—Spielvereinigung 3:2 (2:1). **Dessau:** Viktoria Zerbst—Köthen 1902 1:0 (Viktoria ist dadurch Gaumeister). **Bernburg:** 1907— Sportverein Staßfurt 4:2, Wacker gegen Viktoria Güsten 4:2. **Naumburg:** Naumburger Sportverein 1905 (Hohenzollern)—Erster Sportverein Jena 6:0 (0:0). **Weißenfels:** Lion I—Preußen I 6:4 (2:3). **Apolda:** Preußen I—Sportverein Jena 4:0. **Erfurt:** Borussia—V. f. B. 2:1 (1:0). **Gotha:** 1901—Spielvereinigung Erfurt 3:1. **Mühlhausen** (Thür.): Sportverein I—Preußen Langensalza I 17:1 (7:0). **Berlin:** Ligaliäge: Triton—Weißensee 1900 5:1 (2:1), Tennis Borussia—Berolina 5:4 (4:3), Viktoria—Union-Oberschöneweide 3:2 (2:1), Preußen Berlin—Germania Spandau 3:0 (1:0), Alemannia—Preußen Spandau 6:2 (3:2), Minerva—Favorit 4:2 (2:1). — Erste Klasse: Fortuna Neukölln—B. f. B. Luckenwalde 3:0, Rapide—Borussia Schöneberg 1:1, Wacker Tegel gegen Union Berlin 7:1. — Gesellschaftsspiele: Hertha—Tasmania 3:0 (2:0), Norden Nordwest—Berliner Ballspielklub 2:2 (1:1). **Hannover:** Arminia—06 3:0, Eintracht—Sport 2:1, Rasenspieler—Lehrte 4:3. **Hamburg:** Viktoria 68—Altona 93 4:2, Germania—Rotenburgsort 3:1, Sperber-St. Georg—Sammonia 5:0. **Kiel:** T. V.—Union 2:2, Kilia—Borussia 4:1. **Neumünster:** Holstein Kiel—Olympia 2:0. **Braunschweig:** Eintracht—Germania Wolfenbüttel 4:1, M. T. V.—B. f. B. Meine 1:0, Viktoria—Acosta 2:0. **Lübeck:** Alemannia—Lübecker Turner 1:0. **Oldesloe:** Ballspielklub—Teutonia 2:2. **Schwerin:** Schwerin 03—Union 2:1, Vorwärts—V. f. B. 4:3. **Hildesheim:** V. f. B.—Freikorps Lüttow Berlin 9:0.

Verschiedenes.

Dem Andenken eines Führers der Deutschen Turnerschaft. Am 2. Mai ist ein Jahr verflossen, daß Ludwig Betzmann, der unvergeßliche Führer der Thüringer Turner, der rastlose Vertreter des 13. Deutschen Turnkreises, das Zeitliche segnete. An der letzten Ruhestätte des hochverdienten Mannes will der Thüringer Turnkreis einen Gedenkstein erstehen lassen. Ein wuchtiger Findling aus unverwüstlichem Granit soll es sein, der das Bronzebild des charakteristischen Kopfes tragen und in kurzer Inschrift kommenden Geschlechtern künden soll, wie die Deutsche Turnerschaft ihre Führer ehrt. Erdaut werden soll das Denkmal aus freiwilligen Gaben. Ein etwaiger Ueberschuß soll zur Begründung einer Betzmann-Stiftung zum Besten der Ausbildung von Vorturnern verwendet werden.

Staatliche Förderung des Turnens. In Bayern wurden von den 75 000 Mk., die der Landtag für 1918 für Jugendpflege ausgeworfen hatte, 10 000 Mk. vom neuen Ministerium, in Uebereinstimmung mit den Vorschlägen des alten, dem bayerischen Turnerbund überwiesen, nur wurden davon 2000 Mk. zur Unterstützung an bedürftige Vereine, 1000 Mk. zur Gründung einer eigenen Geschäftsstelle bestimmt.

Die sieben Forderungen des Deutschen Reichsausschusses für Leibesübungen sind in einer öffentlichen Versammlung in Aschersleben von allen anwesenden Turnern und Sportsleuten beiderlei Geschlechts einstimmig gutgeheißen und den städtischen Behörden überreicht worden. Die Forderungen betreffen gesetzliche Verpflichtung der Gemeinden zum Bau von Spielplätzen, Schaffung eines Jugendgesetzes, Einführung des verbindlichen Turnunterrichts in den Fortbildungsschulen, Vertretung des Schulturnens, Beibehaltung der Sommerzeit, Unterstützung der Vereine und Schaffung selbständiger Dienststellen in Reich, Staat und Gemeinden zur Förderung der Leibesübungen.

Literarisches.

Potsdam und Weimar, diese Angelpunkte deutschen Denkens, sind in unseren Tagen zum Symbol für das deutsche Wesen geworden. „Aber die deutsche Seele ist so reich und tief, daß sie durch den Zweiklang Potsdam-Weimar nicht ausgefüllt wird, erst der Wartburggeist gibt den vollen deutschen Dreiklang." So sagt Franz Muuk am Schlusse eines hinreißenden Aufsatzes „Der Wartburggeist" in Heft 10 der Gartenlaube, der die tiefe Bedeutung der Wartburg für deutsches Gemüt und deutsche Religion hervorhebt. Man lese dieses Heft.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Börsenstimmungsbild.

Berlin, 24. März. Die verworrenen ungarischen Verhältnisse und die entmutigenden Nachrichten über die Friedensaussichten haben die Börse gründlich verstimmt. Bei hochgradiger Zurückhaltung fanden Umsätze in der Hauptsache nur in Schiffahrts-, einigen Montan- und einigen internationalen Aktienwerten statt. Erstere waren bis 2, Montanwerte bis 4, Orientbahn 8, Türkischer Tabak 10, Lombarden 1 Prozent niedriger. Ungarische Renten sind schwer verkäuflich. Die zumeist nominellen Kurse dafür lagen 5—8 Prozent unter dem Stande vom Sonnabend. Oesterreichische Renten notierten 3—4 Prozent niedriger. Alte heimische Anleihen waren zumeist unverändert. Kriegsanleihe 83% nach 83%.

Produktenbericht.

Berlin, 24. März. Im hiesigen Produktenverkehr ist kaum etwas verändert. Gemüsesämereien bleiben mit Ausnahme einiger Sorten stark angeboten. Mohrrübensamen ist stark im Preise gewichen. Kohl- und Futterrübensamen können ihre Preise behaupten. Serradella ist ruhig und bleibt abwartend, da man noch nicht klar sieht, ob aus Posen viel Material zu erwarten ist. Das Angebot in Kleesaaten hat noch nicht zugenommen. Von Grassamen sind Knaulgras und Schafschwingel in größeren Partien angeboten.

Abänderung des Kaligesetzes. Zu der auch von uns gebrachten Meldung über eine bevorstehende Abänderung des Kaligesetzes teilt die „D. Allg. Ztg." folgendes mit: Zunächst heißt es sich darum, daß die Arbeitsgemeinschaft der Kaliindustrie eine Lohnerhöhung beschlossen hat auf Grund einer Verständigung zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern. Die Arbeitnehmer haben jedoch die Lohnerhöhung nur unter der Bedingung akzeptiert, daß auch eine Erhöhung der Kalipreise stattfindet. Dafür ist ein Gesetz in der Ausarbeitung begriffen. Eine weitere Gesetzesänderung ist dadurch bedingt, daß die Kaliindustrie ähnlich wie die Kohlenindustrie sozialisiert werden soll. Das Gesetz über den Absatz von Kalisalzen wird daher im Hinblick auf die geplante Sozialisierung eine Umänderung erfahren und Mitte April in seiner neuen Gestalt der Nationalversammlung vorgelegt werden. Es ist beabsichtigt, einen Reichskalirat konform der Bildung eines Reichskohlenrats zu errichten. Auch in sozialpolitischer Hinsicht wird das Reichskaligesetz einer Umarbeitung unterzogen werden. Die weitere Frage bezüglich geplanter hoher Auflagen der Kaliindustrie ist noch nicht spruchreif. Insbesondere ist die Form der Ausführung noch Gegenstand der Erwägungen innerhalb der Reichsregierung.

Zu den Kaliverkäufen an England erfährt die „Frkf. Ztg.", daß die abgeschlossenen 30 000 Tonnen ein Objekt von 750 000 Pfund darstellen. Das wären zurzeit 20—30 Millionen Mark, vorausgesetzt allerdings, daß der Wechselkurs sich nicht erheblich verändern sollte. Dieser Vorbehalt ist um so mehr zu machen, als die Lieferung den englischen Bedarf eines Jahres decken soll. Es komme außerdem ganz auf die Valuta der Rechnung zwischen dem Reichsbund der Industrie an, da die Kaliverkäufe bekanntlich Verwendung finden sollen für die in Pfund oder Dollar zu bezahlenden Lebensmittel. Das Kali soll geliefert werden vor allem in 20 und 30proz. Düngesalzen, ferner in Chlorkalium und in Sulfaten. Die Preise gehen nicht nur über die seit vorigen Sommer vom Reichstage bewilligten Inlandspreise hinaus, sondern übersteigen auch naturgemäß die gegenwärtig von der Kaliindustrie in einem besonderen Antrag an die Reichsregierung geforderten neuen erhöhten Preise.

Erhöhung der Braunschweigischen Bergwerksabgabe. Dem Braunschweigischen Landtage ist ein Gesetzentwurf zugegangen, wonach die Bergwerksabgabe, die bisher 1½ Prozent der bereits abgesetzten Produkte betrug, mit Wirkung vom 11. Februar 1919 ab auf 8 Prozent erhöht werden soll. Da Eisenerze nicht abgabepflichtig sind, und die Besteuerung der Kalisalze das Reich sich vorbehalten wird, so wird vor allem der Braunkohlenbergbau von dieser Erhöhung betroffen. Das Erträgnis wird auf 700 000 Mark jährlich geschätzt. Die Erhöhung darf nicht auf die Konsumenten abgewälzt werden.

Verschmelzung von westfälischen Zementfabriken. Zwischen den Verwaltungen der Annelise-Portlandzement- und Wasserkalkwerke, Akt.-Ges., und den Portland-Zementwerken Preußen Akt.-Ges., holde zu Gunzgerloh i. W., ist ein Abkommen auf Vereinigung der beiden Gesellschaften in der Form abgeschlossen worden, daß die Gesellschaft Anneliese in der vereinigten Gruppe das führende Werk sein wird. Im übrigen vollzieht sich die Vereinigung durch Erwerb der Aktienmehrheit von Preußen seitens der Gesellschaft Annelise. Diese hat im rheinisch-westfälischen Zementverband eine Beteiligung von 588 800 Faß, während die Beteiligung von Preußen sich auf 432 950 Faß stellt. Die beiden Gesellschaften sind bisher dividendenlos geblieben. Bei Annelise beträgt das Aktienkapital 1,5 Millionen, bei Preußen 1 225 000 Mark.

Viersener Aktiengesellschaft für Spinnerei und Weberei in Viersen. Der Aufsichtsrat bringt für das Geschäftsjahr 1918 eine Dividende von wieder 5 Prozent in Vorschlag.

In einer Versammlung des Verbandes Mitteldeutscher Industrieller machte der Generalsekretär des Verbandes Deutscher Industrieller Dr. Schneider Mitteilungen über die geplante Neuorganisation der deutschen Industrie. Der neue Reichsverband der deutschen Industrie wird den Aufbau auf den Fachverbänden und auf den territorialen Landesverbänden sowie den industriellen Körperschaften der Handelskammern vollziehen. Es ist beabsichtigt, die Industrie in 18 Fachverbände einzuteilen, die alle die Industrie betreffenden Fragen bearbeiten sollen. Eine Arbeitsgemeinschaft wird bereits in den nächsten Tagen mit Verhandlungen zwischen Arbeitgeberschaft und Arbeitnehmerschaft beginnen. Es handelt sich zunächst darum, die Vernichtung der deutschen Industrie durch die Schifferzählen Steuerzähne zu verhindern. Dr. Schneider wandte sich zum Schluß seiner Mitteilungen gegen die Sozialisierung in der arbeiterbenden Industrie. In sozialen Fragen sollten die Betriebsräte wohl mitarbeiten, aber in die wirtschaftlichen Fragen der Betriebe können man sie nicht dreinreden lassen.

Berliner Börse

vom 24. März 1919.
(Telegramm.)

Eisenbahn-Aktien:		Döring & Lehmann	95,00
		Dürkoppwerke	278,50
Halberst.-Blankenb.	88,00	Elberfelder Faber.	262,67
Halle-Hettstedter	75,50	Felten & Guilleaume	159,25
Schantungbahn	127,50	Gasmotoren Deutz	116,50
Allg. Lokal-Stbr.	130,00	Gebhard & Co	254,00
Gr. Berl. Str.	134,50	Gelsenkirchen Berg	164,37
Magdeburger Str.-B.	—	Glauziger-Zuckerfbr.	236,50
Prinz-Heinrich-B.	176,75	Hallesche Maschfbk.	296,25
Orientbahn	202,50	Hann. Masch.	316,00
		Harpener Berg	153,50
Schiffahrts-Aktien:		Hasper Eisen	141,25
		Hirsch Kupfer	165,25
Hambg. Paketfahrt	92,50	Höchster Farbw.	257,00
Hambg. Südamerika	157,00	Hoesch Eisen u. Stahl	215,00
Hanse-Dampfschiff.	217,00	Hohenlohe-Werke	105,25
Nordd. Lloyd	93,00	Humboldt Masch.	130,00
		Ilse Bergbau	312,00
Bank-Aktien:		Kahla Porzellan	300,00
		Kalkw. Aschersleben	160,00
Bank f. Thür.	141,50	Körbisd. Zucker-Akt.	—
Berl. Handelsges.	161,00	Kyffhäuserhütte	—
Commerz-Diskontobank	124,37	Lahmeyer & Co.	110,25
Darmstädter Bank	122,75	Lauchhammer	158,00
Dessauische Landesbank	117,00	Laurahütte	148,37
Deutsche Bank	225,50	Linke & Hofmann	287,87
Diskonto-Comm.	150,00	Ludwig Loewe & Co.	240,50
Dresdner Bank	151,50	Lothringer Hütte	150,25
Leipzig Credit-Anst.	152,25	Mannesmannröhren	175,00
Mitteld. Kreditbank	124,00	Oberschl. Eisenb.-Bd.	127,87
Mitteld. Privatbank	—	do. Caro Hag.	133,50
Nationalbank	—	do. Kokswerke	210,00
Oesterr. Kredit	124,50	Orenstein & Koppel	174,00
Reichsbank	131,00	Phönix Berg	183,50
		Rhein. Metall-Vorz.	196,75
Industrie-Aktien:		Rhein. Stahlwerke	137,12
		Riebeck. Montan	175,00
Schultheiss-Brauerei	252,00	Rombacher Hütten	153,00
Akt. f. Anilin	221,50	Rositzer Braunk.	—
Allgem. Elektr. Ges.	161,75	Rositzer Zucker	134,25
Ammendorfer Papierfbk.	—	Sangerhäuser Masch.	243,00
Anhalter Kohlenw.	152,00	HugoSchneider & Co.	227,00
Annaberger Steingut	176,00	Schuckert & Co.	126,00
Badische Anilin	241,00	Siemens & Halske	145,75
Bergmann Elekt. Akt.	145,00	Stettiner Vulkan	155,00
Berl. Masch.-Bau	211,00	Stolberger Zinkh	120,50
Bismarckhütte	137,50	Strals. Spielkarten	225,50
Bochumer Gußstahl	184,00	Thale-Eisenhütte	235,00
Chem.-Fabr. Buckau	115,00	Triptis Porzellan	162,00
Chem. Griesheim	197,25	Türk. Tabakregie	380,00
Chem. Heyden	231,00	Ver. Köln-Rottweiler	204,50
Consolidation Schalk	215,00	Ver Glanzstoff	449,00
GröllwitzerPapierfbk	—	Wegelin & Hübner	—
Daimler Motoren	220,25	Werschen-Weißenfelser Braunk.	—
Deutsche Luxemburg	120,50	Westeregeln Alkali	217,75
Deutsche Uebersee Elektr.	163,25	Wittener Gußstahl	189,50
Deutsche Erdöl	267,00	Wrede Malzerei	117,50
Deutsche Gasglühl.	324,00	Zschau-Kriebitzsch Braunk.	—
Deutsche Kali	167,00	Zeitzer Masch.	292,00
Deutsche Waffen u. Mun.	198,50	Zellstoff Walthof	209,00
Donnersmarckhütte	200,00	Olavi-Minen.	126,00

L. Schönlicht, Bankgeschäft, (Stadt Hamburg) Poststrasse
An- und Verkauf von Wertpapieren.
Ausführung aller bankmässigen Geschäfte.

Verantwortlich für den politischen Teil: Carl Helms; für den örtlichen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht, Handel: Eugen Brinkmann, für Sport und Briefkasten: Heinrich Meichner; Feuilleton, Unterhaltungsblatt, Vermischtes usw.: Dr. Karl Boer; für den Anzeigenteil: Otto Bieler
Druck und Verlag von Otto Hendel.

Zu verkaufen

Wohnhaus, zur persönlich, mit festen gesetzten Hypotheken zu verkaufen. Offert. unt. B. C. 6943 a. Rud. Mosse, Brüderstr. 4. A234/5

Eckgrundstück
am Markt in kl. Stadt Anhalts worin seit 20 Jahren ein flottes Bazar, Kurz-, Weiß- und Wollwaren-Geschäft betrieben ist, ist zum 1. Juli oder August unter günstigen Bedingungen b. 5 6000 Mark Anzahlung zu verkaufen. Agenten zwecklos. Offerten unter C. 2748 an die Expedition dieser Zeitung. a423

Zeitungs-Makulatur
zu verkaufen Große Brauhausstr. 17.

Kaufgesuche

Alt-Messing
Kupfer, Rotguss, Neusilber, Zinn, Zink, Blei
kauft zum Einschmelzen
Ferd. Haassenzier, Metallgiesserei, Barfüßerstr. 9 Fernr. 1196

Ziegen-, Hasen- und Kaninchenfelle, Rohhaute u. Wolle
kaufen zu Höchstpreisen
Gebr. Bannowitz, Fischerplatz 2. Telephon 1178

Weinflaschen,
alte Oefen, Glasteil, Lumpen u. Zeitungen zu kauft u. bal ab Ludwig, Schmalschädtstr. 14. Tel. 4187

Zu kaufen gesucht: Nationalkontrollkassen,
Totaladdierer, auch Mehrzähler. Barzahlung. Angebote erb. unt. J. V. 9973 an die Exped. d. Ztg.

Unterricht
Franz. Unterricht, Konv. Uebersetzung. Frau Jellerynk, Merseburgerstr. 6, II. Etage.

Zu verpachten

Fabrik zu verpachten.
Wir haben unsere in Groß-Crostitz, Kreis Delitzsch, gelegene, mit Gleisanschluß versehene Metallfabrik für kürzere oder längere Zeit zu verpachten. Die Fabrik besteht aus massiven Gebäuden, enthält helle, große Räume und eignet sich vorzüglich zu Trockenzwecken und Lagerungszwecken. Interessenten belieben sich vorhanden. Weitere Auskunft erteilt Deutsche Metallfabrik, G. m. b. H., Berlin, Lindenstraße 35. a441

Vermischtes

Poesie-Alben,
Tagebücher in Leder und Stoff gebunden bei
J. Zoebisch, Große Steinstr. 82

Preiswert u. gut
kaufen Sie sämtliche Unterzeuge, Strumpfwaren in dem ersten Spezialgeschäft
H. Schnee Nachf.,
Gr. Steinstr. 34. Bestand 1858.

Husten, Atemnot,
Verschleimung.
Schreibe allen Leidenden gerne umsonst, womit ich mich von meinem schweren Lungenleiden selbst befreite.
Heinrich Dr. das, Wiesbaden, Leibes, Provinz Sachsen.
Auch der Hamburger Kräuter, offenen Beinschäden gerne umsonst Auskunft. Rückmarke erwünscht. a417

Pianos
in allen Größen u. Preisen, großer Auswahl.
C. Rich. Ritter

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19190325012/fragment/page=0004